Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 36. | Dresden, Dienstag den 13. Februar 1917. | 28. Jahrg.

Die Entscheidung der Landesversammlung

In einer außerordentlichen Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie, die von 87 Vertretern besucht war und gestern im Volkshaus zu Dresden tagte, wurde mit 69 gegen 11 Stimmen eine Entschließung gefaßt, die den Beitritt zu dem Beschluß des Parteiausschusses ausspricht und erklärt, daß sich Genossen außerhalb der Partei stellen, die sich zur Reichssonderkonferenz der Opposition bekennen. Nach dieser Entscheidung wurde an Stelle von Schulze-Cossebaude, Genosse Gradnauer in den Landesvorstand gewählt. — Ein ausführlicher Bericht wird morgen veröffentlicht werden.

n. Die zersetzende Minierarbeit der Arbeitsgemeinschaft ist durch Reichssonderkonferenz vom Januar zur Parteispaltung getrieben worden. Der Parteiausschuß hat danach mit überwältigender Mehrheit festgestellt, daß sich jene Leute außerhalb der Partei stellen, die die Beschlüsse jener Sonderkonferenz anerkennen, die die Parteikörper von innen heraus sprengen wollte. Dadurch war auch die Sozialdemokratie Sachsens vor die Notwendigkeit entschiedenen Handelns gestellt worden. Es galt, die Partei vor völliger Zersetzung zu bewahren. Dazu war es nötig, das Tischtuch mit denen zu zerschneiden, die die Parteizerstörung unter der Flagge der Arbeitsgemeinschaft fortsetzen sollten. So schwer es auch wurde, die weitgehendste Nachgiebigkeit konnte der Erkenntnis nicht ausweichen, daß zur Erhaltung der Partei die Trennung von den Gegnern nötig war, die die Zersetzungsarbeit immer weiter betrieben. So berief denn der Landesvorstand die Genossen zur folgenschweren Entscheidung, zur befreienden Tat. Vertreter der Wahlkreisorganisationen, die Bezirksvorstände, Vertreter der Parteipresse sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Landtags- und Reichstagsfraktion sollten erscheinen. Die Einladungen enthielten den ausdrücklichen Hinweis, daß die Teilnahme derer unmöglich sei, die die Beschlüsse der Reichssonderkonferenz als für sich bindend erachten. Und doch waren von 28 Wahlkreisorganisationen 18 vertreten und von den vier Bezirksvorständen drei. Einen und auch Sie erdrückende Mehrzahl der Reichs- und Landtagsabgeordneten. Vier Kreise, der 8., 9., 12. und 13., waren unvertreten und von einem, dem 11., war nur ein Vertreter ohne Mandat zugegen. Damit war auch eine gewisse Klärung von vornherein geschaffen, die besagt, daß sich vier oder fünf Wahlkreisverbände auf die Seite der Arbeitsgemeinschaft stellen, die übrigen aber zur erprobten sozialdemokratischen Partei halten wollen.

Der Landesvorstand hatte gerufen, und die alten erprobten Genossen waren erschienen, beseelt von dem Wunsche, die Zersetzung zu verhindern und die Partei zu erhalten. Wohl befanden sich auch Genossen unter den Berufenen, die sich nicht entschließen konnten, zu dem, was nach den Taten der Opposition nötig war, sich von denen zu trennen, die sich selbst außerhalb der Partei gestellt hatten. Diese Genossen suchten auch in den Verhandlungen ihr Verhalten zu rechtfertigen. Man hörte die bekannten Argumente der Minderheit, man führte statutarische Sätze an und übersah, daß die Opposition durch ihr zersetzendes Treiben viel zerschlagen hatte, man plädierte für mildernde Umstände, sprach davon, daß erst Handlungen abgewartet werden müßten, und ignorierte dabei, daß milder unmöglich gehandelt werden konnte, daß die Handlungen zersetzender bald nicht mehr offen werden konnten.

Doch diese Stimmen der Zweifler und Schwankenden blieben vereinzelt und erzielten keinerlei Eindruck, sie vergingen unter den heftigen Anklagereden der alten Führer, der derben Gradheit erprobter Kämpen der Arbeiterbewegung. Genosse Sindermann hatte in seinem Referat die Verhältnisse beleuchtet und den Weg gewiesen, der unausweichlich zu beschreiten sei. Kraftvoll und schwer formten unter innerster Erregung die Worte des alten ehrlichen Grenzvernichtendstem Urteil der Zweideutigkeiten und Hinterhältigkeiten der Parteizerstörer um Haase und Ledebour. Dann kam ruhiger und sachlich der weißbärtige Führer Molkenbuhr, der ein Menschenalter Parteiarbeit in vorderster Stelle hinter sich hat, und schöpfte aus dem reichen Schatze seiner Erfahrungen, um zu zeigen, daß die Verleumdungen und Schimpfworte, mit denen jetzt Arbeitsgemeinschaftler und Spartakusleute operieren, schon vor Jahrzehnten gegen Marx, Engels und andere Führer von zerfahrenen und überhitzten Elementen gebraucht worden sind, zeigte, wie in den 90er Jahren die Jungen erst einen großen Anhang hinter sich scharten, bis die Arbeiter erkannten, daß hinter den großen, lauten Worten nichts Rechtes steckte, und wie nach ein Alter und Erprobter gesellte sich in dem Genossen Schöpflin zu ihm, der Liebknechts Gefährte in der Verbannung des Sozialistengesetzes gewesen ist; klar und scharf wies er die Verdächtigungen und Widersprüche besonders der Treiber in Leipzig nach.

Doch so entschieden die verurteilende Entrüstung auch zum Ausdruck kam, so berechtigt auch die Bitterkeit der Kritik war, verstiegen sie sich doch nicht zu maßlosem Hasse. Klar wurde dargetan, daß die Trennung unvermeidlich, ja bereits vollzogene Tatsache sei, doch darüber hinweg reichte bereits der Ausblick zur Wiedervereinigung, zwischen die bitteren Klagen über das Treiben der Opposition klang der Wunsch durch, bald wieder einsam arbeiten zu können. Mehrfach kam zum Ausdruck, den Zwangsstrich nicht weiter zu ziehen, als es unbedingt im Interesse der Partei erforderlich sei. Nicht eine Strafe für die Teilnehmer an der Sonderkonferenz sollte ausgesprochen, nur mit dem die Scheidung vollzogen werden, der sich heute noch zu den Beschlüssen des Sonderbundes bekennt und danach handelt. Unzweideutig wurde hervorgehoben, daß die Meinungsfreiheit voll erhalten bleibe und jede Ansicht geachtet werden, aber ebenso scharf jeder Versuch, die Organisation zu zerstören, zurückgewiesen werden müsse.

So und ähnlich klang es aus den Reden der Genossen Schöpflin, Krätzig, Gradnauer und anderer in den vordersten Linien erprobter Führer und Genossen. Und von dieser Stimmung war auch das Wollen beseelt, das mit erdrückender Mehrheit zu der oben angedeuteten Entscheidung führte und die Trennung von denen veranlaßte, die die Parteispaltung bereits herbeigeführt haben. Und im Anschluß daran wurde mit noch erdrückenderer Mehrheit gegen nur 4 Stimmen beschlossen, an Stelle von Schulze-Cossebaude, der sich durch eine frühere Erklärung selbst außerhalb der Partei gestellt, den Genossen Gradnauer in den Landesvorstand zu delegieren. So erfolgte der befreienden Entscheidung die erste befreiende Tat. Sie wird allen Genossen im Lande zeigen, wie unerbittlich notwendig die Konsequenzen sind, die uns die zersetzenden Umtriebe der Sonderbündler auferlegen. Es gilt jetzt, die Geschlossenheit wieder herzustellen: der neu gefestigte Landesvorstand voran, die Organisationen der Kreise dicht aufgeschlossen, so wollen wir den Kampf für die Interessen der Arbeiterschaft und des Volkes Wohl und Recht aufnehmen und mit dem für die Landesverteidigung vereinigen, dabei aber nicht unterlassen, die Lücken auszufüllen, die die Zersetzung bereits gerissen hat. Wo aber der Bruderstreit unvermeidlich wird, wollen wir ihn auf das äußerste beschränken, dabei aber doch die erforderliche Klarheit wahren, uns aber auch immer von dem Wollen leiten lassen, eine Wiedervereinigung nach Möglichkeit zu fördern. Solange uns daran aber das Festhalten gewisser Genossen an den zersetzenden Beschlüssen der Sonderkonferenz hindert, so lange muß zielbewußt getrennt marschiert und auch geschlagen werden.

•

Der von der Landesversammlung mit 69 gegen 11 Stimmen gefaßte Beschluß hat folgenden Wortlaut:

Die in Gemeinschaft mit den sächsischen Landesparteiinstanzen versammelten Vertreter der sächsischen Parteiorganisationen erkennen die Beschlüsse des Parteiausschusses so lange als bindend für sich an, als keine Möglichkeit besteht, durch einen statutengemäß einberufenen Parteitag eine Beschlußfassung über die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei herbeizuführen.

In Befolgung des Beschlusses des Parteiausschusses vom 18. Januar 1917 lehnen die Versammelten die Beschlüsse der Reichs-Sonderkonferenz der Opposition vom 7. Januar 1917 auf das entschiedenste ab und wenden sich gegen alle im Sinne dieser Konferenz auf Zerstörung der Parteieinheit gerichteten Bestrebungen. Sie fordern die Wahlkreisorganisationen auf, gegen diejenigen Parteimitglieder, die sich mit den Beschlüssen der Reichs-Sonderkonferenz vom 7. Januar solidarisch erklären oder im Sinne dieser Beschlüsse handeln, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, indem sie dieselben in folgerichtiger Bewertung ihrer Parteinahme für Sonderorganisationen als freiwillig aus der Partei ausgetreten erklären.

Der Landesvorstand wird beauftragt, soweit durch die Sachlage geboten, diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um in allen Parteigebieten Sachsens die im Rahmen der Gesamtpartei verbliebenen Parteigenossen organisatorisch zusammenzufassen, um so die Aktionsfähigkeit der Partei sicherzustellen.

Die Versammelten richten an die Kreisorganisationen die dringende Mahnung, unter Anerkennung der Freiheit der Anschauungen und gegenseitiger Achtung der verschiedenen Auffassungen die Disziplin gegenüber Mehrheitsbeschlüssen der Gesamtpartei, die uns groß und stark machte, aufrechtzuerhalten und der Partei die unbedingte Treue zu bewahren.

Zunehmende Gefechtstätigkeit an der Somme und im Osten. — Feindliche Höhenstellung erstürmt.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 13. Februar 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Tagsüber schränkte starker Nebel die Gefechtstätigkeit an fast der ganzen Front ein.

Im Somme-Gebiet lebte der Artilleriekampf abends auf und hielt nachts in wechselnder Stärke, besonders lebhaft zwischen St.-Pierre-Vaast-Wald und Peronne, an.

Zwischen Ypern und Arras scheiterten zahlreiche Vorstöße feindlicher Aufklärungsabteilungen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

Südlich des Dryswjaty-Sees drangen einige Stoßtrupps in die russische Stellung und kehrten mit 90 Gefangenen und einem Maschinengewehr zurück.

Westlich von Luzk blieben Erkundungsvorstöße und Minensprengungen der Russen ohne Erfolg.

Bei Zwyzin am oberen Sereth wurde der zweimal wiederholte Angriff mehrerer russischer Bataillone abgeschlagen.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph

Südlich der Valeputna-Straße nahmen unsere Truppen einen stark ausgebauten Stützpunkt im Sturm. An Gefangenen wurden 3 Offiziere, 168 Mann, an Beute 3 Maschinengewehre und viel Feldgerät eingebracht.

Zwischen Uz- und Putnatal vielfach lebhafte Artillerie- und Vorfeldgefechte.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen

Keine besonderen Ereignisse.

Mazedonische Front

Im Cernabogen griffen nach wirkungsvoller Feuervorbereitung unsere Truppen eine feindliche Höhenstellung östlich von Varalovo an und stürmten sie und einige hinter der Front befindliche Lager. Bei geringem eigenen Verlust wurden zwei Offiziere, 90 Italiener gefangen, 5 Maschinengewehre und 2 Minenwerfer erbeutet.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Traum Wilsons gestört.

Bern, 13. Februar. Mattino führt in einem Leitartikel aus, es sei jetzt unausbleiblich, daß Amerika mit seinem Vorgehen gegen den U-Boots-Krieg vereinzelt bleiben werde. Die verschiedenen Schattierungen in den Protesten der Neutralen hätten nur eine Bedeutung, nämlich die, Amerika als unsicheren Kriegführenden sich selbst zu überlassen. Die Liga der Neutralen sei mit einem Schlage verschwunden. Amerika bleibe nun nichts weiter übrig, als seine Würde und die Freiheit der Meere allein zu verteidigen. Der Traum Amerikas, ein zukünftiges Europa nach seinem Ebenbilde umformen zu können, sei zerstört. Amerika könne nun nichts weiter tun, als zu seinem Imperialismus zurückzukehren, um das während des Krieges erworbene Geld in einem neuen Kriege wieder auszugeben.

Versenkte Schiffe.

London, 12. Februar. (Reuter.) Das Segelschiff Ada ist durch Geschützfeuer eines feindlichen Unterseebootes versenkt worden. Die Mannschaft ist gelandet. Der ehemalige griechische Dampfer Aghios-Spyridon ist durch ein Unterseeboot versenkt worden. Fünf Mann der Besatzung wurden gelandet.

Aufhebung des Tauchbootsbriefverkehrs.

Berlin, 13. Februar. Tauchbootbriefsendungen nach überseeischen Ländern werden von den Postanstalten vorläufig nicht mehr angenommen.

Kanzler, Gewerkschaften, Lebensmittelversorgung.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission hat bei den zuständigen Behörden Schritte getan, um eine allgemeine Erhöhung der Lebensmittelrationen für die gesamte Bevölkerung zu erreichen. Die Betreibung dieser Angelegenheit wurde in die Hände einer Kommission gelegt, die aus den Genossen Glocke, Körsten und Siering besteht. Die Kommission wurde wegen der Lebensmittelschwierigkeiten beim Reichskanzler vorstellig, und dieser verhandelte mit ihnen in einer Konferenz, an der auch der Minister des Innern, der Vorsitzende des Kriegsernährungsamts v. Batocki, Staatssekretär Helfferich und die Oberbürgermeister von Groß-Berlin teilnahmen.

Ueber den Verlauf dieser Sitzung wurde gestern abend in einer Versammlung der Berliner Gewerkschaftskommission Bericht erstattet.

Die Vertreter der Arbeiterschaft führten in der Sitzung aus, daß 7 Pfund Kartoffeln die Mindestration für Arbeiter sei, wenn diese die Arbeit überall in vollem Umfange aufrechterhalten sollen. Die Zusatzkarte für Schwer- und Schwerstarbeiter reiche deshalb nicht, weil das Mehr doch zumeist der gesamten Familie zugute komme. Der Begriff „Schwerarbeiter" passe auch für viele Berliner Betriebe nicht, und es werden durch diese Zusatzkarten nur Neid und Unfrieden hervorgerufen; die Willkür der betreffenden Brotkommissionen und Schiebungen aller Art tragen das Ihrige dazu bei, diesen Unfrieden zu mehren. Es sei besser, die allgemeine Ration zu erhöhen. Die Berliner Arbeiterschaft sei schwerer daran als die in anderen Industriegebieten, wie Westfalen und Schlesien, wo die Arbeiter vielfach auch ihren kleinen landwirtschaftlichen Betrieb haben.

Der Reichskanzler dankte den Vertretern der Gewerkschaften für die Mitteilung und glaubte eine Besserung der Lage in nächster Zeit in Aussicht zu stellen. Zunächst solle die Erhöhung der Fleischration um 100 Gramm einige Wochen andauern. Dann hoffe man, im März wieder eine Kartoffelration von 7 Pfund gewähren zu können.

Auch der Minister des Innern konnte hoffnungsvolle Zusicherungen machen; man glaube, durch Einrichtung von Kommissionen zur Ausforschung der Bestände auf dem Lande und Sammelstellen mehr aus dem Lande herausholen zu können als bisher.

Herr v. Batocki erklärte, daß die Kälte die Regelung der Kartoffelfrage erschwert habe, doch habe der Frost das eine Gute gehabt, daß dadurch zwangsweise die Kartoffelvorräte gestreckt worden seien, so daß höchstwahrscheinlich im März die 7-Pfund-Ration gewährt werden könne.

Zum Schluß wurde in der gestrigen Versammlung auf Uebelstände im Lehrlingswesen hingewiesen und die folgende Entschließung angenommen: „Nach den gesetzlichen Bestimmungen über die Unterstützung von Angehörigen der Kriegsteilnehmer hört die Unterstützung der jugendlichen Personen mit dem 15. Lebensjahre auf. Diese Bestimmung hat zu schweren wirtschaftlichen Nachteilen solcher jugendlicher Angehöriger geführt, die in einem Lehrverhältnis stehen und, da sie keinen Lohn beziehen, ein ausreichendes Unterhaltseinkommen wie andere jugendliche Arbeiter nicht haben. Die Vertreter zur Berliner Gewerkschaftskommission richten daher an die Arbeiterorganisationen das Ersuchen, für eine Aufbesserung wenigstens für die jetzige Zeit zu niedrigen Sätze des Kostgeldes der Lehrlinge zu wirken."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170213/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG